

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kellerei Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zuzug. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstand-Girokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsgeheften Zeitungsbeilage 50 Pf., außerhalb der Hauptausgabezeit 75 Pf., im amtlichen Teil (aus von Behörden) die Seite 200 Pf. — Einzelnummern und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 95

Sonntag den 24. April 1921

87. Jahrgang

Gebäudeschätzung betreffend.

Durch das Gesetz über die Schätzung usw. bei der Gebäudeabteilung der Landesbrandversicherungsanstalt vom 18. März 1921 — Gesetzblatt Seite 72 — ist die Bekanntmachung der Brandversicherungskammer über die Einführung eines abgekürzten Schätzungsver-

fahrens für die Gebäude vom 5. 12. 1916 aufgehoben worden. Die nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes (1. 4. 1921) noch gestellten Anträge auf abgekürztes Schätzungsverfahren können daher nicht weiter erledigt werden.

Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 19. April 1921.

Weitere amtliche Bekanntmachungen siehe Beilage.

Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums zu Dippoldiswalde

am 22. April 1921.

Das Kollegium ist vollständig. Außerdem sind erschienen Bürgermeister Herrmann und die Stadträte Jädel, Friisch und Schwind.

Mit Bestätigung und Dank wird Kenntnis genommen von einer einmaligen Beschlusse des Vereins Deutscher Handelsmänner an die Deutsche Mälerschule auf 1921 in Höhe von 2500 M.

Weiter wird Kenntnis genommen von einer Niederschrift des Stadtsteuernehmers, nach welcher auf die zur Latzperre entlegenen Grundstücke Grundsteuer vorläufig weiter zu entrichten ist. Mitte dieses Jahres wird erdöllige Regelung erfolgen und zuviel Gezahltes zurückzufordern. Schließlich wird noch Kenntnis genommen von der Errichtung eines Nachteilsausgleichsamtes für unsere Stadt, dem angehörend als Mitglieder die Herren Schleierbedermeister A. Wendler, Bürgermeister Schmidt, Sägewerksbesitzer Köllig und Boswerksbesitzer Pinder und als Stellvertreter die Herren Fleischwiesendruckerei Oppelt, Bandwirt A. Lindner, Gutsbes. Heeger und Stadtrat Geygel.

Bewilligt werden unter Beizritt zu den betreffenden Kreisbeschlüssen:

1. 50 M. aus Sparkassenmitteln für das in großer finanzieller Not sich befindende Haus Wetzel;
2. 500 M. zu Bestmitteln für bedürftige Schulkinder mit der Bedingung, daß Druckbücher und sonst nicht aufgebrauchtes Eigentum der Schule bleibt;
3. Saalmiete und sonstige Kosten für den vom Elternrat der Bürger Schule eintelebten Vortrag des Herrn Schürat Sturm (die Miete konnte diesem Herrn und die Kosten konnten gespart werden, wenn der Vortrag im Gewerbeverein stattgefunden wäre; an Ausführung vorher hat nicht gefehlt);
4. etwa 1200 M. für eine dritte Reinigungsfrau für die Bürger Schule (dafür fallen die für ein Dienstmädchen bewilligten 2000 M. weg);
5. der Kinderbewahranstalt 3000 M. als Gehalt für die Leiterin und weitere 3000 M. für die notwendigen Baukosten.

Der Frauenverein, der in hochangerechneter Weise sich aufzuheben und nicht zuletzt Dank der Weidlichkeit der Pflegerin mit den bisherigen Beschlüssen das Arbeitswerk durchzuführen vermochte, ist bei der heutigen Geldentwertung dazu ohne größere städtische Beihilfe nicht mehr in der Lage, jedoch die Unterstützung in städtischer Hinsicht. Das zu vermindern, haben die städtischen Kollegien als eine Selbstverständlichkeit wohl empfunden. An die Bewilligung ist die Beihilfe geknüpft, daß der Frauenverein einen Haushaltplan vorlegt und der Stadt Beizetzung in der Verwaltung gewährt.

Gegen die Errichtung eines Gerätehauses und Unterhausbau durch den Turnverein „Frisch auf“ auf dessen Turnplätze auf der Kleinen Aue werden Bedenken nicht erhoben.

Erhobenen ist eine Landes-Verordnung über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel. Sie bringt wenig Neues, ist vielmehr alle dabei in der Sache getroffenen gesetzlichen Bestimmungen zusammen. Gegen die vom Rat hierzu beschlossenen Ausführgabestimmungen werden Bedenken nicht laut. — U. a.: sind Räume, die vor dem 1. 1. 14 bewohnt waren, später aber für geschäftliche Zwecke benutzt worden sind, unter Umständen wieder als Wohnräume heranzuziehen; nicht genügend ausgestattete (also nicht nur unbediente) Räume sind gegebenenfalls als Wohnräume bereit zu stellen; die Kosten der Zwangsmassnahmen fallen dem Abgehörten zur Last usw.

Zusammenfassung findet die vorgeschlagene abgeänderte Zusammenfassung des Mälerschulauschusses: 2 Stadträte, 4 Stadtverordnete, je ein Vertreter der Behörde, des Verbandes Deutscher Mäler, des Verbandes Deutscher Handelsmänner und des Verbandes Deutscher Mälerbau-Anstalten; für lediglich die Besondere Angelegenheiten 2 Vertreter derselben (ein Mäler und ein Mälerbauer) mit beratender Stimme.

Dem Mälerschul-Hausmann Raden ist der Verkauf von Bestmitteln entzogen worden (das hängt u. a. zusammen mit der neuen Besoldungsordnung). Seine Borräte übernimmt die Schule. Der Verkauf erfolgt in Zukunft nur durch den Assistenten bezw. im Geschäftszimmer auf Rechnung der Schule.

Weiter beschäftigt man sich mit einer anderweitigen Eingabe des Kriegserledigungsvereins, die den Beschluß, das Siedlungsland erst am 1. Oktober abgeben zu wollen, als Ablehnung des ganzen Vorhabens bezeichnet, schon um deswillen, weil ein Teil des bewilligten Zuschusses am 1. August verbaut sein müsse (eine irrige Annahme) und sich überhaupt mit der ganzen Behandlung der Frage durch die städtischen Kollegien in einer Weise beschäftigt, die — das darf schon gesagt werden — mindestens weit über das Ziel hinaus und neben den Tatsachen vorbeischießt. Herr Stadtrat Friisch insbesondere führte aus und bestätigte damit nur den Eindruck, den man in der betreffenden Stadtverordnetensitzung gewann, daß die städtischen Kollegien das Unternehmen ihrerseits in jeder Weise gefördert hätten durch billiges Angebot von Baugrund, durch Bereitstellung der Kiesgrube und des Steinbruchs. Wenn das Baugrund erst am 1. Oktober bereitgestellt werden sollte (für Straße und Materiallagerung sollte es ja früher geschehen), so nur deshalb, weil nach den zur Verfügung stehenden Unterlagen ein früherer Baubeginn einfach unmöglich erscheinen mußte. So ist bis heute bei der Baupolizei noch keine Eingabe gemacht. Wenn die Gelegenheit also überhaupt verpaßt worden sei, so keinesfalls durch die Stadt Dippoldiswalde. Der Rat habe sich nunmehr direkt an die betreffenden Behörden nach Dresden gewandt und festgestellt, daß in der Tat etwa 700 000 M. für fünf Häuser (10 Wohnungen) bewilligt, die nötigen Zeichnungen aber noch nicht angefertigt seien. Letzteres solle nun geschehen, jedoch vielleicht Ende Mai oder Anfang Juni mit den ersten Spatenstichen gerade werden könne. Bis dahin sei dann der erste Abschluß vorüber und das zum Häuserbau erforderliche Land könne zur Verfügung gestellt werden, das übrige aber den Pächtern bis Ende September noch belassen werden, womit dann beiden Seiten gedient sein dürfte. Kollegium ist in diesen Ausführungen einverstanden, insbesondere auch mit dem Kreisbeschlusse, am 23. 4. eine abendliche Besichtigung des Areals durch alle Beteiligten vorzunehmen, und ordnet hierzu die Stadtverordneten Heeger und Bohle ab.

Eine längere Aussprache bringt der nächste Punkt. Es handelt sich um den Gasbehälterbau. Bereits vor dem Kriege hatte die Thüringer Gasgesellschaft für diesen Zweck bekanntlich die Parzelle 1015 von Herrn Pinder gekauft. Der dagegen von Herrn Jädel erhobene Einspruch wurde von den städtischen Kollegien damals nicht anerkannt. Da Parzelle 1015 nicht zum Fabrikviertel gehört (sie ist von diesem durch die Bahnlinie getrennt), war ministerielle Genehmigung notwendig, die aber verweigert wurde. Dann kam der Krieg, die Angelegenheit ruhte. Herr Jädel hat der Gesellschaft später Parzelle 1079 insoweit an, die sich aber nicht eignete der Gasse wegen und weil über diese „Straße 10“ gedacht ist. Darauf hat er Parzelle 1086 an (hinter dem Alois Neubau), die sich ihrer Lage wegen gut eignen, der Gesellschaft aber durch Kaufpreis 300 000 M. Mehrkosten zu fordern würde. Sie ist nun erneut beim Rat vorzulegen geworden wegen Errichtung des Gasbehälters in 13 Meter Höhe (früher 20 Meter) auf der erwähnten Parzelle 1015. Der Rat hat beschlossen, es ein geeigneter Platz auch im Fabrikviertel nicht zu finden, eine Gefahr für die Nachbargrundstücke oder eine sonstige Eckabgabe derselben ausgeschlossen ist, auch der Heimatrat noch mündlicher Erklärung eines Herrn Bedenken nicht äußern würde, die Parzelle 1015 ins Fabrikviertel einzubringen, von dem sie sowieso, wie gesagt, nur die Bahn trennt. Warm empfiehlt Referent den Beizittigen Ratbeschlüsse, da dies der einzige Weg sei, um überhaupt in absehbarer Zeit zu dem Gasbehälter zu kommen, den wir oft bitter vermissen und im Winter wieder schwer vermissen würden. Die Gaswerkbesitzer und die Einwohner haben nicht widersprochen. Es erkennt die Beizichtigung der Einwohnerbedenken nehmen man einen anderen Platz in Aussicht, so werden sich da sofort Einwände konnen. Die Angelegenheit würde nur auf die lange Bank geschoben, was zu Haus nicht im Interesse der Einwohner ist. Der Rat beschließt diese in diesem Falle das Richtige. Es geht nicht zu den Unmöglich-

keiten, daß der Bau selbst überhaupt unterbleibe. Aus der Mitte des Kollegiums wurde mehrfach die Ansicht laut, der Gasbehälter solle auf Parzelle 1086 (hinter Alois Neubau) errichtet werden; diese gehöre bereits zum Fabrikviertel und sei anerkanntermassen auch sonst geeignet. Wenn der Gesellschaft dadurch 300 000 M. Mehrkosten entstehen, so sei das nebenbei, müsse auch erst nachgeprüft werden usw. Mit Stimmenmehrheit wurde schließlich der Ratbeschlusse abgelehnt. Damit ist die Sache, wie der Herr Vorsitzende sehr richtig konstatierte, auf dem toten Punkt angelangt. Es bleibt zu hoffen, daß die Allgemeinheit nicht später die Kosten trägt. (Damit ist wohl auch die für Montag angelegte öffentliche Ratssitzung hinsichtlich geworden?)

In Sachen der Kraftwagenlinien ist von den berührten Gemeinden (für die Linie Dippoldiswalde—Postendorf—Dresden kommen 10, für Dippoldiswalde—Glashütte 5, für Dippoldiswalde—Frauenstein—Bienenmühle 9 in Frage) ein Gemeindeverband zu gründen, der die nötigen Beiträge mit dem Staate abschließt. Die Verbandsgemeinden garantieren die Abfahrungen, welche Ausgabe im allergeringsten Falle jährlich 36 000 M. betragen könnte. Sie haben in Dippoldiswalde eine Halle, Reparatur-, Büroräume usw. und in Glashütte und Bienenmühle je eine Unterstellhalle kostenlos zur Verfügung zu stellen, die nach einem Schreiben der Amtshauptmannschaft bei einem jährlichem Aufschlage von 10 000 M. in 10 Jahren bezahlt sein würden. Weiter ist in Dippoldiswalde eine Betriebsleiterwohnung „mit billiger Miete“ zu erstellen. Die Halle ist mit Wasser, Licht und Heizung (nicht unter 3 Grad Wärme) zu versehen, wofür Vergütung gewährt wird. Für Benutzung von Straßen dürfen die Gemeinden nichts verlangen (es kommen in der Hauptsache nur Staatsstraßen in Frage). Kollegium hat Erwendungen nicht zu machen.

Schließlich genehmigt man noch die neuen Pachtbeträge für städtische Grundstücke. Diese wurden in drei Klassen (Wiesen, bessere Flur und weniger gute Flur) eingeteilt mit pro Nr. 3, 2 und 1,50 M. Wert und pro Scheffel 84, 56 und 42 M. Jahrespacht. Diese Beträge gelten für die Zeit der derzeitigen Getreidepreise.

Nach Schluß der Tagesordnung nehmen Herr Vorsitzender Jädel und der Herr Bürgermeister Gelegenheit, dem insolge Wegzugs aus dem Kollegium ausscheidenden Dippsvorsteher Herrn Dr. Byer-Maune für seine Wirksamkeit im Interesse der Stadt herzlich zu danken. Sie verbinden damit die besten Wünsche für das fernere Wohlergehen des Ehrenden. Der Herr Vorsitzende dankt, versichert, daß er den Kollegiums und der ganzen Stadt sich stets gern erinnern werde, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß vielleicht Dippoldiswalde noch einmal sein Wohnort werde.

Schließlich wurde noch die Frage aufgeworfen, wie sich die Einwohnergesellschaft verhalten solle gegenüber dem erhöhten Gaspreis. Die Bekanntmachung des Rates sei vielfach aufgeführt worden als Aufforderung zur Ablehnung der Erhöhung. Wer das tat, dem wurde mit Entziehung des Gases gedroht. Erfolgt sie nicht, man beizitt der Gasgesellschaft auch das Recht hierzu, solange Verhandlungen schweben. Wie Herr Bürgermeister Herrmann mittelste, hat der Rat sich an das Landesprelsamt gewandt; ebenso an etwa 40 Gemeinden wegen gemeinsamen Vorgehen. Ein Teil habe zustimmend geantwortet. Es empfiehlt sich, die Rechnung jetzt zu bezahlen und, habe das Vorgehen Erfolg, später zuviel Gezahltes wieder abzugeben. Es dürfte sich vielleicht auch empfehlen, an Hand des Bezuges und der später bezüglich der Kohlenkaufes getroffenen Beschlüsse die Ratse der Gasgesellschaft und die Ratse der Stadt dem Mitglieder der städtischen Kollegien heranzuführen beziehentlich ins Gedächtnis zurückzuführen. Das gibt größere Sicherheit. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Vertikales und Geschäftliches.

Dippoldiswalde. Die letzten Nächte zu Mittwoch und Donnerstag, in denen das Thermometer bis auf 2° R unter Null sank, ließen doch nicht ohne Einfluß auf die Baumblüte vorbeizugehen zu sein; doch blühende Magnolien erfahren sind, ist ja schließlich nicht verwunderlich, aber wie uns von Brumbesitzern gesagt wurde, sollen namentlich bei den Ständbäumen, bei den Kirschbäumen ist der Anlauf sehr gering. — Ein Brief des Herrn ...